

Anfrage Nr. 0025/2011/FZ
Anfrage von: **Stadtrat Holschuh**
Anfragedatum: **16.05.2011**

Beschlusslauf

Letzte Aktualisierung: 30. Mai 2011

Betreff:

**Übernahme der Kosten der Grundsicherung
durch den Bund
- Entlastung des städtischen Haushalts**

Schriftliche Frage:

In der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 11.05.2011 wurde auf meine Frage bzgl. Übernahme der Kosten der Grundsicherung durch den Bund geantwortet, dass dies erst ab 2014 passieren wird.

Meine Recherche hat ergeben, dass der Bund bereits ab 2012 45% der Kosten übernehmen wird. Ab 2013 werden 75% der Kosten übernommen und ab 2014 trägt der Bund die kompletten Kosten der Grundsicherung.

Trifft es zu, dass dadurch der städtische Haushalt folgendermaßen entlastet wird:

2012 - rd. 4,14 Mio. Euro

2013 - rd. 6,75 Mio. Euro

2014 - rd. 9 Mio. Euro

Welche Auswirkungen hat dies auf die Verschuldung der Stadt (mittelfristige Finanzplanung bis 2015)?

Antwort:

Im Zusammenhang mit der Diskussion über das Regelsatzgesetz einschließlich der Einführung des Bildungs- und Teilhabepakets hat man sich im Vermittlungsausschuss am 23. Februar 2011 auf eine schrittweise Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund verständigt.

Bisher beteiligt sich der Bund bereits mit 16% an den anfallenden Nettoaufwendungen; für Heidelberg bedeutet dies jährlich rund 1,15 Mio. €.

Ab dem Jahr 2012 soll dieser Anteil auf 45% sowie ab 2013 auf 75% ansteigen; ab dem Jahr 2014 sollen die Gesamtkosten vollständig vom Bund übernommen werden.

Unter der Annahme, dass die bisherigen Aufwendungen in Heidelberg sich nicht gravierend verändern, führt dies im mittelfristigen Finanzplanungszeitraum bis 2015 zu folgenden möglichen zusätzlichen Erträgen:

2012	2,1 Mio. €
2013	4,3 Mio. €
2014	6,0 Mio. €
2015	6,0 Mio. €
Summe:	18,4 Mio. €

Um diesen Betrag könnte sich die bisher vorgesehene Verschuldung reduzieren, soweit nicht gegenläufige Entwicklungen in anderen Bereichen (sonstige Mehraufwendungen oder Mindererträge) dem entgegenstehen.

Sitzung des Gemeinderates vom 26.05.2011

Ergebnis: behandelt